

ziger Jahren, der die Enteignung der Erzfelder als den Beginn einer ökonomischen Machtergreifung durch die Reichswerke interpretiert hatte, widerspricht Donges deshalb vehement. Auch den ökonomischen Schaden der Enteignung für die Vestag schätzt er angesichts der minderwertigen Erzqualität gering ein. Überhaupt interpretiert er das Verhältnis der Vestag zu den Reichswerken als wesentlich weniger konfliktrichtig als in der Forschung bisher angenommen. Das gilt auch für den Verkauf der Alpine Montan-Beteiligung. Obwohl die Ausgangslage dem Salzgitter-Konflikt ähnelte, war das Ergebnis im Rahmen eines Aushandlungsprozesses erzielt worden, der die Interessen beider Seiten berücksichtigte. In ähnlicher Weise widerspricht Donges auch der These, wonach die Vestag bei der Verteilung der schwerindustriellen Unternehmen im besetzten Europa benachteiligt worden sei. So machte die Übernahme des Petschek-Besitzes in der Tschechoslowakei ebenso wenig Sinn wie die Übernahme von Hüttenwerken in Ostoberschlesien, da die Vestag entweder nicht an Braunkohle interessiert war oder die Werke wegen des enormen Investitionsbedarfs zu teuer gewesen wären. Im Westen sieht er die Vestag sogar als Impulsgeber für die Verteilungskriterien (Rückgabe nach den Eigentumsverhältnissen der Vorkriegszeit). Danach hätte die Vestag eine Übertragung der Treuhänderschaft über das Hüttenwerk im lothringischen Hagendingen nicht als „Rückgabe“ verlangen können, wie in der Forschung oftmals behauptet. Das Werk hatte zwar ursprünglich zum Thyssen-Konzern gehört und war nach dem Ersten Weltkrieg verlorengegangen. Aber die August Thyssen Hütte, die für eine „Rückgabe“ in Frage gekommen wäre, existierte noch als Fritz Thyssens Konzernholding, dessen Vermögen nach seiner Flucht durch den preußischen Staat beschlagnahmt worden war. Entsprechend hätten bestenfalls der preußische Staat oder die anderen, nicht von der Beschlagnahmung betroffenen Thyssen-Erben eine „Rückgabe“ verlangen können, nicht aber die Vestag, die einen solchen Anspruch auch nie formulierte. Von einer „Benachteiligung“ könne insofern keine Rede sein.

Ob Donges' Argumente die Kritiker der These von der „gelenkten Marktwirtschaft“ überzeugen werden, möchte ich bezweifeln. Es wäre jedenfalls sehr zu wünschen, wenn es darüber am Beispiel der Vestag (und möglichst auch der Reichswerke) noch einmal zu einer Debatte käme – was allerdings auch mehr Forschung zu den Reichswerken bedeuten würde. Aber auch die Geschichte der Vestag im „Dritten Reich“ ist mit diesem Buch noch nicht erschöpfend behandelt. So hätte ich mir als Historiker der Steinkohlenindustrie deutlich mehr Berücksichtigung der Kohleseite des Konzerns gewünscht. Aber die Befriedigung aller derartigen Wünsche, wozu der Autor zweifellos in der Lage gewesen wäre, widerspricht dem Charakter einer Dissertation, die in einer überschaubaren Zeit abgeschlossen sein sollte. In dieser Hinsicht hat Alexander Donges einen guten Mittelweg zwischen Umfang der Rechercheleistung und Zeitmanagement gefunden. Seinen Kollegen hat er darüber hinaus viele Ansatzpunkte geliefert, um durch weitere Forschung das Bild der Vestag im „Dritten Reich“ zu vervollständigen.

Bochum

DIETER ZIEGLER

SILKE FENGLER: *Kerne, Kooperation und Konkurrenz. Kernforschung in Österreich im internationalen Kontext (1900–1950)* (Wissenschaft, Macht und Kultur in der modernen Geschichte 3). Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2014, 373 S., 49,00 €.

Mit dem vorliegenden Band liefert Silke Fengler die erste umfassende Untersuchung zur Geschichte der österreichischen Kernforschung in der ersten Hälfte des 20. Jh.s. Dabei verortet die Wiener Historikerin die sich in Österreich vollziehenden Entwicklungen im weiteren transnationalen Kontext (oftmals miteinander konkurrierender) internationaler Zentren der Radioaktivitätsforschung in diesem Zeitraum. Wie sie auch in Anspielung auf den von ihr treffend gewählten Buchtitel schreibt: „Denn es war jenes Spannungsverhältnis aus internationaler Kooperation und Konkurrenz sowie nationalstaatlichen beziehungsweise lokalen Einflüssen, in dem die Radioaktivitätsforschung ihr innovatives

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 102. Band, Heft 1 (2015)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2015

Potenzial entfaltete.“ (S. 10) Auf soziologischen Arbeiten Pierre Bourdieus zu verschiedenen Sorten des Kapitals (ökonomisch, sozial und kulturell) aufbauend, misst die Autorin neben der Ressourcenausstattung und -verteilung dem Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie eine besondere Bedeutung bei. Auf internationaler Ebene betrifft dies die Rolle Österreichs bzw. Österreich-Ungarns im Vergleich mit Kernforschungszentren wie Paris, Kopenhagen und Berlin, während diese Spannungen auf nationaler Ebene gerade ihren Ausdruck im Verhältnis zwischen Wien als Zentrum der österreichisch-ungarischen bzw. österreichischen Kernforschung und peripheren Forschungseinrichtungen, etwa an den Universitäten Graz und Innsbruck, fanden. Darüber hinaus bezieht Fengler aber auch die Einflüsse historisch-politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen – das Ende der Doppelmonarchie nach dem Ersten Weltkrieg, die Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und frühen 1930er Jahre, die nationalkonservativ-autoritären Regierungen der 1930er Jahre und den „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ – auf die österreichische Kernforschung mit in ihre Analyse ein.

Neben einer umfassenden Einleitung ist *Kerne, Kooperation und Konkurrenz* chronologisch in fünf Hauptkapitel und eine umfangreiche Schlussbetrachtung untergliedert. Das erste Hauptkapitel befasst sich mit der Entwicklung von Forschungseinrichtungen im deutschsprachigen Teil der Doppelmonarchie im Kontext der internationalen Radioaktivitätsforschung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Dabei misst Fengler Wien und der Gründung des dortigen Instituts für Radiumforschung, welches bei seiner Eröffnung im Jahre 1910 über gut die Hälfte aller weltweit in Umlauf befindlichen Radiumvorräte verfügte, eine besondere Bedeutung bei. Daneben erfahren die Leserinnen und Leser aber ebenso vom dem großen Ansehen der Wiener Radioaktivitätsforscher im Bereich der radioaktiven Metrologie, dem international hohen Stellenwert der für die Radiumproduktion benötigten Pechblende aus Böhmen sowie am Beispiel einer Fallstudie des Kreises um den Kernforscher Franz Serafin Exner von der Wichtigkeit persönlicher Netzwerke im österreichisch-ungarischen Wissenschaftsbetrieb jener Zeit.

Das daran anschließende Kapitel zeigt, wie das Radiuminstitut in den Jahren 1919 bis 1932 trotz einer international immer stärker zutage tretenden Trennung der Radioaktivitätsforschung in eine physikalisch und eine chemisch ausgerichtete Hauptrichtung an einem integrativen Ansatz beider Strömungen festhielt. Zudem verdeutlicht die Autorin die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die österreichische Kernforschung, bevor es dann im dritten Hauptkapitel um den internationalen Bedeutungsverlust der österreichischen Kernforschung im Zeitraum von 1932 bis zum „Anschluss“ an das „Dritte Reich“ 1938 geht, der von einem Abzug ausländischen Kapitals gekennzeichnet war. Gerade die Folgen der Weltwirtschaftskrise machten sich stark bemerkbar: So zog sich etwa die US-amerikanische Rockefeller Foundation, die bis dato das Institut für Radium besonders durch Stipendien unterstützt hatte, aus der Förderung zurück. Hinzu kamen weitere folgenschwere Entwicklungen wie die zunehmende Bedeutungslosigkeit von Radium sowie die Einführung des Zyklotrons, der die Wiener Kernforscherinnen und -forscher gespalten gegenüberstanden. Damit nicht genug: Auch die durch Sparmaßnahmen gekennzeichnete Politik der nationalkonservativ-autoritären Regierungen unter Engelbert Dollfuß und seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg wirkten sich auf die Kernforschung aus.

Die „Kernforschung im Kontext des ‚Dritten Reiches‘, 1938–1945“ steht im Zentrum des vierten Hauptkapitels. Dabei beleuchtet Fengler neben der Vertreibung von Wissenschaftlern auch das Mitwirken österreichischer Kernforscher am Atombombenprojekt des „Dritten Reiches.“ Das letzte Hauptkapitel ist dann als Epilog gehalten und befasst sich mit der Kernforschung während der Zeit alliierter Besatzung nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Es zeigt unter anderem auf der Basis von Geheimdienstberichten auf, inwieweit sich das Aufkommen des Kalten Krieges bereits bemerkbar machte und die österreichische Kernforschung weiter an Boden verlor. „Wie in einem Brennglas lassen sich am Beispiel Österreichs grundlegende Veränderungen aufzeigen, die das wissenschaftliche Feld der Radioaktivitätsforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchlief“, hält Fengler in ihrer abschließenden Conclusio treffend fest. „Diese waren nicht ausschließlich wissenschaftsintern motiviert“ (S. 333), so die Autorin. Vielmehr beeinflussten sowohl sozio-politische als auch ökonomische Rahmenbedingungen die Entwicklungen innerhalb der österreichischen Kernforschung.

Insgesamt liefert die Autorin eine sehr gelungene Studie zu einem bis dato vernachlässigten Thema. An einigen Stellen lässt die Analyse jedoch etwas Tiefenschärfe vermissen, etwa im Hinblick auf den Vergleich der deutschen mit der britischen Atomwaffenforschung (vgl. S. 265). Unter Hinzunahme wichtiger Arbeiten wie Margaret Gowing's Klassiker *Britain and Atomic Energy, 1939–1945* (1964) hätte so klarer herausgestellt werden können, dass der Kernforschung in Großbritannien, verglichen mit dem „Dritten Reich“, bedeutend mehr Aufmerksamkeit beigemessen wurde, dass sie aber auch dort anfänglich eine sekundäre Rolle spielte. Dies sollte sich erst ab Februar 1940 ändern, als zwei Emigranten – der in Österreich geborene Neffe Lise Meitners, Otto Frisch, und der aus Berlin stammende theoretische Physiker Rudolf Peierls – der britischen Regierung ihr sogenanntes „Frisch-Peierls Memorandum“ vorlegten. In dem geheimen Papier machten sie konkrete Vorschläge, was die Machbarkeit einer Atombombe anging. Derartige Kritik sollte jedoch nicht den Blick auf eine insgesamt sehr überzeugende Arbeit, die ebenso für Wissenschafts- wie für Wirtschafts- und Sozialhistoriker und Historiker des 20. Jh.s. insgesamt von großem Interesse ist, negativ einfärben. Am Ende muss noch auf die beeindruckende Quellenbasis der Studie hingewiesen werden, die u. a. in einer imposanten Liste von nicht weniger als 26 Archiven in neun Ländern (von Österreich über Deutschland bis hin nach Schweden, Russland und in die Vereinigten Staaten) ihren Niederschlag findet.

Swansea

CHRISTOPH LAUCHT

HAROLD JAMES: *Finanzmarkt macht Geschichte. Lehren aus den Wirtschaftskrisen* (Jena-Center Geschichte des 20. Jahrhunderts. Vorträge und Kolloquien 13). Wallstein, Göttingen 2014, 142 S., 15,00 €.

Nach der Lektüre des Buches habe ich mich gefragt, warum es dieses Buch gibt. In ihm werden acht kurze Beiträge von und ein Interview mit Harold James publiziert. Einer der Beiträge wurde bereits 2009 in „Die Zeit“, ein anderer 2012 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht. Die verbleibenden sechs Aufsätze hätten dort auch gut gedruckt werden können. Sie sind durchweg gekonnt verfasst und beinhalten anregende Gedanken – aber eben auch nicht mehr.

Im ersten Beitrag (S. 7-12) widmet sich James der Finanzkrisengeschichte, die seit der Weltfinanz- und Eurokrise einen Aufschwung erfuhr. Er weist insbesondere darauf hin, dass man in der Geschichte häufig passend erscheinende Beispiele findet, die zur Erklärung der gegenwärtigen Krisen beitragen können. Er erinnert aber auch daran, dass eine naive Anwendung historischer Lehren keine Patentlösung darstellt (S. 12). Jede Krise ist also anders, und darauf sollten Historiker immer wieder hinweisen.

Im zweiten, durchaus sehr anregenden Beitrag (S. 13-36) behandelt James das Phänomen, dass große Finanzkrisen gelegentlich das Zentrum des Weltfinanzsystems verschieben – von London nach New York und nun möglicherweise nach Shanghai. Er weist aber auch darauf hin, dass China zwar über eine wachsende wirtschaftliche Macht verfügt, aber (noch) nicht über ein glaubwürdiges Wertesystem bzw. über ausreichend Anerkennung und Legitimität, um zur führenden Weltwirtschaftsmacht aufzusteigen. Diese Überlegungen setzt James im dritten Beitrag (S. 37-49) fort, in dem er sich Gedanken über die normativen Grundlagen der wirtschaftspolitischen Krisenmaßnahmen macht. Eine Folge dieser Krisenmaßnahmen ist die stark angestiegene Staatsverschuldung, der er sich im vierten Beitrag (S. 50-65) widmet. Der einzige nicht-katastrophale Weg aus der europäischen Schuldenwirtschaft, so James, ist eine gemeinsame europäische Schuldenwirtschaft. Die Nationen müssen Zuständigkeiten zugunsten Europas aufgeben (S. 65).

Der fünfte Beitrag (S. 66-74), der bereits 2009 in „Die Zeit“ publiziert wurde, behandelt den heiligen Gral der Makroökonomie: die amerikanische Krise von 1929. James hebt hervor, dass ihre Ursache bis heute ungeklärt ist, dass sich zwei zentrale Wirtschaftslehren – der Monetarismus und

Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 102. Band, Heft 1 (2015)

©Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Urheberrechtlich geschütztes Material. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2015